



GEWERKSCHAFTSBUND DES KANTONS ZUG

SEKRETARIAT: NEUGASSE 7, 6301 ZUG

TELEFON 042-21 04 20

PC-KONTO 60 - 10779-6

GBZ-Info Nr.5, Juni 1993

An alle GBZ-Delegierten,
an Vertrauensleute,
an die Vorstände der Verbände
und weitere InteressentInnen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

In der Beilage schicken wir Euch einige Unterlagen. Wiedereinmal möchte ich Euch in diesem Zusammenhang dazu aufmuntern, an den Aktivitäten des GBZ teilzunehmen. Ohne aktive Basis, ohne direkte Beteiligung Eurerseits können wir vom Vorstand nicht viel machen. Das ist eine alte, aber immer noch gültige Weisheit des gewerkschaftlichen Handelns.

Die DV vom 21. April 1993 war eine interessante Versammlung. Sehr informativ war das Referat von SGB-Sekretär Serge Gaillard. Leider waren nicht viele Kolleginnen und Kollegen an dieser DV. Wir werden für das nächste Jahr mit den Verbänden zusammen besser schauen müssen, dass nur Kolleginnen und Kollegen in den GBZ delegiert werden, die dieser Verpflichtung auch nachzugehen bereit sind.

Die 1. Mai-Veranstaltung war eine der gelungensten der letzten Jahren. Ganz gute Arbeit hat Madeleine Landolt (GBI) geleistet, die zusammen mit Pietro Panico (SMUV) im Auftrag des GBZ den 1. Mai organisiert hat. Vielen Dank. Für das nächste Jahr ist vorgesehen, dass ein 1. Mai-Komitee gegründet wird. Die interessierten Parteien und Gruppierungen können dann direkt mitwirken (und auch finanziell mittragen).

In dieser Zeit lief auch die Unterschriftensammlung für das Referendum zur Arbeitslosenversicherung. In Zug wurden bis heute an die 400 Unterschriften gesammelt.

Mit kollegialen Grüßen

Bruno Bollinger, Präsident GBZ

Inhalt GBZ-Info Nr.5

- Pressespiegel GBZ
- Stawiko-Minderheitsbericht von Sybilla Schmid zum Arbeitslosenhilfsprojekt.

Wichtige Daten:

16. September 1993

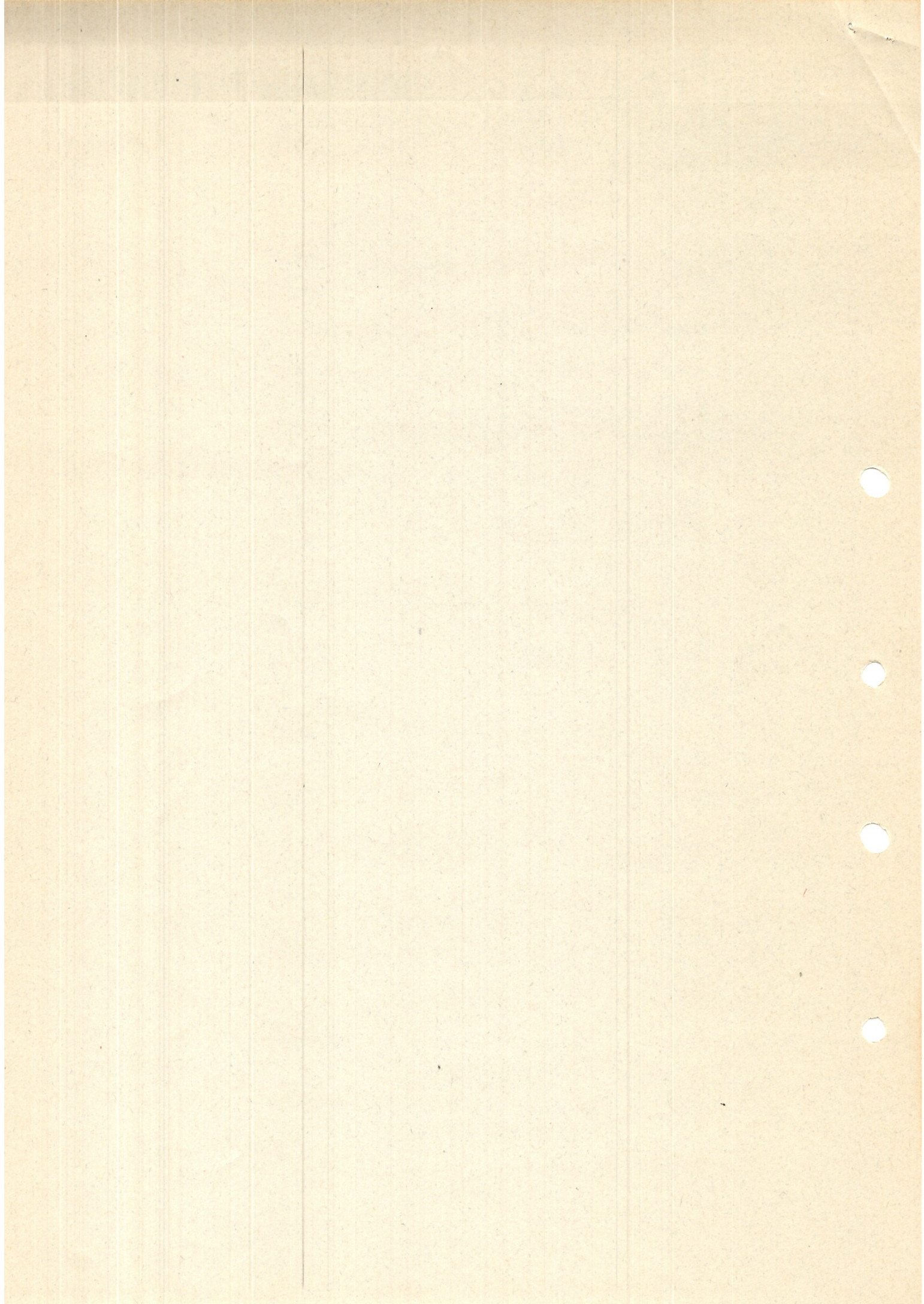
**Gemeinsame Veranstaltung von GBZ und Mieterverband:
Wer ist schuld an der Teuerung im Bauwesen?**

26. Oktober 1993

**Apéro mit den Kollegen Regierungsräten
Hanspeter Uster und Urs Birchler**

15. November 1993

GBZ DV



KANTONSratsbeschluss betreffend Beschäftigungsprogramm für ältere Langzeitarbeitslose

Minderheitsbericht der Staatswirtschaftskommission
vom 10. Juni 1993

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Entgegen ihren sonstigen Gepflogenheiten hat die Staatswirtschaftskommission bei der Beratung des im Titel genannten Gesetzes die finanziellen Aspekte zurückgestellt und sich vorwiegend mit philosophischen und staatspolitischen Fragen beschäftigt.

Ist Arbeitslosigkeit immer gleich Arbeitslosigkeit? Soll der Staat überhaupt ins Wirtschaftsgeschehen eingreifen? Laufen die im Kantonsratsbeschluss vorgeschlagenen Massnahmen nicht auf eine Umgehung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes hinaus? So einige der Fragestellungen, die bei der Diskussion aufgetaucht sind. Da ich mich mit dem Mehrheitsantrag auf Nichtintreten überhaupt nicht einverstanden erklären kann, möchte ich dazu einige Gedanken aus meiner Sicht darlegen.

1. Wer will die Arbeitslosenversicherungsgesetzgebung umgehen?

Beginnen wir mit der letzten Frage. Seit dem 1. April dieses Jahres ist ein dringlicher Bundesbeschluss in Kraft, welcher solche Beschäftigungsprogramme ausdrücklich begrüsst und deren Finanzierung gegenüber früher verbessert, indem bis zu

85 % (in einzelnen Fällen sogar 100 %) der Kosten mit Bundesgeldern abgegolten werden können. Eine weitere Massnahme auf eidgenössischer Ebene ist der von National- und Ständerat beschlossene Investitionsbonus im Umfang von 300 Mio. Franken. Dieser soll ausführungsfähigen Projekten von Kantonen und Gemeinden zugute kommen, deren angespannte Finanzlage ihre sofortige Realisierung ohne finanzielle Beihilfe nicht zuliesse.

Auf Bundesebene geht die Diskussion in eine andere Richtung, wie die erwähnten Beispiele zeigen. Von einer Umgehung des Gesetzes oder gar von einem Betrug der Arbeitslosenversicherung kann im Zusammenhang mit diesem Kantonsratsbeschluss deshalb nicht die Rede sein.

2. Die unterschätzte Rolle des Staates

Doch wenden wir uns der nächsten Frage zu. Soll der Staat überhaupt eingreifen? Die Frage selber ist bereits irreführend, ist doch der Staat selber ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, und zwar als Arbeitgeber, Auftraggeber, Dienstleistungserbringer und Konsument. Im Zusammenhang mit dem Personalplanierungsbeschluss hat die Staatswirtschaftskommission selber auf die stetig wachsende Staatsquote hingewiesen.

Es ist also keineswegs bedeutungslos, was der Staat macht, ihm kommt sozusagen eine Schlüsselstellung zu. Das wissen auch die Wirtschaftsvertreter und die Wirtschaftsvertreterinnen, die z.B. eine Anpassung der staatlichen Teuerungsausgleichspolitik verlangen. Was der Wirtschaft recht ist, soll dem Staat billig sein. Das gilt auch im umgekehrten Sinn. Wenn der Staat will, dass die Wirtschaft wieder mehr Arbeitsplätze schafft, so muss er mit gutem Beispiel vorangehen.

Doch auch von anderer Seite wird auf die Bedeutung des Staates verwiesen. Namhafte Ökonomen und Ökonomen plädierten und plädieren für antizyklische Massnahmen des Staates als Strategie gegen die Krise. Die hier zur Diskussion stehenden Massnahmen sind allerdings nicht von solcher Tragweite, als dass sie in diesen Zusammenhang gestellt werden müssten, doch es sei hiermit auf die grösseren Zusammenhänge verwiesen.

3. Von "echten" und "unechten" Arbeitslosen

Weder der Regierungsrat noch die mit der Regierungsrätlichen Vorlage einverstandene kantonsrätliche Kommission geben vor, mit diesem Kantonsratsbeschluss das Problem der Arbeitslosigkeit lösen zu können. Der vorliegende Kantonsratsbeschluss ist keine Mogelpackung, stellt aber einen Versuch dar, einem Teil der Betroffenen zu helfen. Damit wären wir bei der Frage angelangt, ob Arbeitslosigkeit immer gleich Arbeitslosigkeit sei? Hinter der Frage verbirgt sich die Vorstellung, dass man zwischen "echten" und "unechten" Arbeitslosen unterscheiden müsse. Die ausgrenzende und diskreditierende Wirkung einer solchen Betrachtungsweise auf alle Betroffenen kennen wir im Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik zur Genüge.

Arbeitslosigkeit ist nicht freiwillig. Sie wirkt sich auf die von ihr Betroffenen aber auch auf die Erwerbstätigen negativ aus. Die einen leiden unter einem Verlust an Lebenssinn und Geld, die andern erfahren einen ständig wachsenden Druck auf die Arbeitsbedingungen und Löhne. Nicht zuletzt ist Arbeitslosigkeit eine riesige Verschwendung von menschlichen Energien; es ist volkswirtschaftlich unsinnig, so viele Millionen Franken dafür auszugeben, dass 160'000 Menschen nichts tun. Darum sind Massnahmen, die einen Wiedereinstieg ins Berufsleben begünstigen, wie es der Kantonsratsbeschluss

beabsichtigt, der Aussteuerung in jedem Fall vorzuziehen. Das hat nichts mit Verteufelung der Sozialhilfe zu tun. Doch diese kann die Folgen der Arbeitslosigkeit nur zum Teil auffangen. Die meisten Menschen wollen nämlich etwas tun für ihr Geld! Ausserdem ist die Sozialhilfe bei steigender Inanspruchnahme zunehmend gefährdet. Wer soll das bezahlen?, wird es schon bald von der gleichen Seite her tönen, die heute gegenüber diesem Kantonsratsbeschluss eine oppositionelle Haltung einnimmt.

Die Existenz der Sozialhilfe entbindet uns also nicht von der Verantwortung, gegenüber der Arbeitslosigkeit aktiv zu werden. Dieser Kantonsratsbeschluss ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

4. Antrag

Es sei auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Zug, 10. Juni 1993

Mit vorzüglicher Hochachtung

Sybilla Schmid, Kantonsrätin
Mitglied der Staatswirtschafts-
kommission

«Es kann heute jeden treffen»

Die Arbeitslosigkeit im Kanton Zug

Zug – Tief besorgt zeigen sich die Zuger Gewerkschaften über die stetig steigende Arbeitslosigkeit. Mit verschiedenen Aktivitäten wollen sie auf die Arbeitslosigkeit aufmerksam machen. Denn weder Qualifikation, noch Alter, noch Berufserfahrung, noch Beziehungen verhinderten Entlassungen, betonte der Zuger Gewerkschaftspräsident Bruno Bollinger an einer Gewerkschaftsveranstaltung gestern Abend in Zug.

thi. Im Gegensatz zu den dreissiger Jahren spielt sich die Arbeitslosigkeit eher versteckt ab, stellte Bruno Bollinger, Präsident des Zuger Gewerkschaftsbundes, fest. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Betroffenen, aber auch mit den Behörden und Firmen wollen die Gewerkschaften einen «Ausweg aus der Krise» finden. Die Zuger Gewerkschafter rufen zu gemeinsamen Aktionen, aber auch zur Selbsthilfe auf.

Besonders gefordert sind die Gewerkschaften bei der Weiterbildung. Damit sollen die Chancen der Arbeitslosen verbessert werden. Bollinger wies auch andere Diskussionspunkte an – wies darauf hin, dass sich bis jetzt die (hohe) Arbeitslosigkeit eher im Versteckten abgespielt habe. Es gelte nun, die Arbeitslosigkeit und deren Probleme für die Betroffenen einer breiten Öffentlichkeit bewusst zu machen.

Hingewiesen wurde auf eine Besonderheit der aktuellen Arbeitslosigkeit: im Gegensatz zu den dreissiger Jahren fehlen heute die Schlangen an Arbeitslosen. Viele Betroffene scheuten den Schritt an die Öffentlichkeit; dies verhindere auch solidarische Aktionen, betonten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

«Arbeitslosigkeit kann heute jeden treffen», brachte es Bollinger auf den Punkt. Weder Qualifikation, Alter, Berufserfahrung noch Beziehungen verhinderten, dass man entlassen werde. Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sind auch die Unternehmer angesprochen, indem sie Möglichkeiten bieten, die vorhandene Arbeit auf möglichst viele Hände (und Köpfe) zu verteilen: durch Arbeitszeitverkürzung, Job-Sharing oder andere Massnahmen.

Die Zuger Gewerkschaften zeigten sich auch enttäuscht über die beschlossenen Massnahmen des Nationalrates. Insbesondere die Taggeldkürzung sei eine Verschlechterung. Gemeinsam mit anderen Parteien und Organisationen erwägen sie, das Referendum gegen den (dringlichen) Bundesbeschluss zu ergreifen. Im weiteren wurde Arbeitslosen empfohlen, eine angebotene Arbeit abzulehnen, wenn sie mit einer Lohnkürzung verbunden sei; denn damit werde versucht, den Gesamtarbeitsvertrag zu unterlaufen.

Seite 9

77 23.3.92

Es fehlt an Information

Zuger Gewerkschaften und die Arbeitslosigkeit

Im Januar ist ein Zuger «Komitee gegen die Arbeitslosigkeit» gegründet worden. Inzwischen hat sich die Arbeitsgruppe soweit konstituiert, dass erste Resultate vorgezeigt werden können. Die Gewerkschafter wollen vor allem auf drei Ebenen wirksam werden: bei den Arbeitslosen selber, auf Behörden- sowie auf gewerkschaftlicher Ebene.

thi. Es sind weit mehr als 1700 «registrierte» Arbeitslose, die es im Kanton Zug gibt, betonte Bruno Bollinger, Präsident des Zuger Gewerkschaftsbundes. Viel mehr Personen seien in den vergangenen zwei Jahren von der Arbeitslosigkeit in irgendeiner Form betroffen gewesen: als vorübergehend Arbeitslose(r), als Familienangehörige(r) oder in anderer Form. Einige Langzeitarbeitslose seien sogar bereits ausgesteuert, betonte Bollinger, um das Gewicht des Problems zu unterstreichen.

Vermehrt aktiv werden

Die Aussagen machte der Zuger Gewerkschaftspräsident gestern Abend vor dem Zuger «Komitee gegen die Arbeitslosigkeit», das vor rund zwei Monaten gegründet wurde und bereits verschiedentlich tätig geworden ist. An der Versammlung im Casino Zug wurden einige Hauptprobleme offenkundig. Auf der einen Seite scheuen sich Arbeitslose, sich zu bekennen, sich in der Öffentlichkeit zu zeigen, da weitherum noch das Vorurteil herrsche: «Arbeitslose sind faul! Siehe» (Bollinger).

Die Gewerkschaften wollen insbe-

sondere die Arbeit auf nationaler Ebene koordinieren. In den Regionen und Kantonen will man gezielt vorgehen. Einerseits will man die Arbeitslosen vermehrt für Aktionen gewinnen, damit sie aktiv werden, Anlässe organisieren und – vor allem – vermehrt Öffentlichkeitsarbeit leisten. In den Gemeinden, bei den Arbeitslosenämtern – soll andererseits darauf hingewirkt werden, dass die kompetenten Leute ihr Wissen den Arbeitslosen weitergeben. Auf kantonaler Ebene wollen die Gewerkschaften darauf hinarbeiten, dass Beschäftigungsprogramme wirksam werden.

Erste Erfolge seien bereits sichtbar. Auf der einen Seite biete die Volkswirtschaftsdirektion ein Beschäftigungsprogramm an, auf der andern Seite stiessen zinsgünstige Darlehen der Kantonalbank auf rege Nachfrage. Als Wunsch nannten die Gewerkschafter, dass die Gemeinden und der Kanton vermehrt auch ihre Begehren an den Bund und die Kantone stellten, um Gelder für den günstigen Wohnungsbau freizubekommen.

Als dritte Ebene schliesslich will die Gewerkschafter auf gewerkschaftlicher Ebene selbst tätig werden. Dazu gehört vermehrte Information der Mitglieder. Aber auch weitere Massnahmen sollen – gemeinsam mit den Behörden und Firmen diskutiert werden: Arbeitszeitverkürzung, Arbeitszeitteilung, längere Ferien oder vorzeitige Pensionierung. Hauptziel bleibt es indes, die Arbeitslosen – die aktuell Betroffenen also – vom Stigma des «Arbeitsfaulen» und aus der Isolation zu befreien.

77

23.3.92

Unternehmer zügelte Firmen von Hedingen nach Zug

72 25.3.92

Mit Flucht Arbeitnehmer geprellt

Unternehmer aus dem benachbarten Obfelden bringt durch den Wegzug nach Zug seine ehemaligen Beschäftigten um ihre Löhne.

thi. Roland Villiger & Co. AG, Catara AG und Fair-
Food AG sind Teil eines Firmenkonglomerats, das noch im Februar dieses Jahres in

der Ämtler Gemeinde Obfelden registriert war. Einige dieser Firmen haben beträchtliche finanzielle Probleme, so dass den teils entlassenen und teils selbst gegangenen 60 Angestellten der Februar-Lohn nicht ausbezahlt wurde. Für die Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) steht fest, dass die Firma ausgehöhlt wird. 1993 seien der Villiger & Co. 55 Zahlungsbefehle im Gesamtbetrag von rund einer halben Million Franken eingegangen.

Superprovisorische Verfügung

Die GBI erreichte zusammen den Angestellten der Firma beim Bezirksgericht

Affoltern eine superprovisorische Verfügung, wonach nichts mehr aus dem Geschäftshaus von Roland Villiger entfernt werden durfte. In einer Nacht- und Nebelaktion hat der Firmeninhaber bis letzten Samstag um 2.30 Uhr Waren und Akten abtransportieren lassen. Die ehemaligen Villiger-Leute bangen nun nicht nur um ihre Löhne und teils um Arbeitszeugnisse. Sie machen sich auch Sorgen, ob ihre Rentenansprüche in Sicherheit sind. Mit Spruchbändern wie «Villiger ist fein raus. Wir stempeln zu Haus» manifestierten sie deshalb am Montag vor dem Firmensitz ihr Anliegen.

Firmeninhaber Roland Villiger umgeht nun die superprovisorische Verfügung, indem er den Firmensitz am 4. März nach Zug verlegte. Die sechs verschiedenen Firmen wurden fusioniert und gingen an die VCD Holding über. Auch der Name wurde inzwischen geändert, so dass die Holding im Zuger Handelsregister unter dem Namen Malar AG firmiert.

Gesetzgebung ausgenützt

Die superprovisorische Verfügung wurde somit aufgehoben, und der Anwalt der GBI muss das Konkursverfahren neu in Zug eröffnen. Damit gewinnt Villiger Zeit, denn das

Zuger Konkursamt weiss noch nichts von diesem Verfahren. Laut Giorgio Pardini von der GBI ist der Wegzug der Firma ein Schachzug von Roland Villiger, um möglichst viel Substanz der Firma vor dem Konkurs zu retten und die Angestellten um den Lohn zu prellen.

Drei der vier Firmenwagen seien schon auf Kaderleute der Firma überschrieben worden und gehörten damit nicht mehr zum Firmenbesitz. Pardini: «Die Machenschaften dieses Unternehmers sind ein Zeichen, dass bei langwierigen Verfahren die Firmenleitung alles in Sicherheit bringen kann.»

«Arbeit ist Menschenrecht»

Der Smuv Zug will dem Phänomen von 1609 Arbeitslosen im Kanton entgegentreten.

mpz. «Arbeit ist ein Menschenrecht» – dieser Slogan, auf einem Transparent in grossen Lettern geschrieben und unter den Köpfen des Vorstandes am Podium befestigt, gab allen Anwesenden schon zu Beginn den kämpferischen Grundtenor bekannt. Tatsächlich beherrschte die Diskussion um die herrschende Arbeitslosigkeit die Generalversammlung des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verbandes (Smuv). Im Hinblick auf den 1. Mai und anderen Aktionen wurden Parolen gefasst, Ideen präsentiert und kämpferische Aufrufe erlassen.

Hanspeter Uster, in seinem Referat eine kämpferische Symbiose von Gewerkschafter und Regierungsrat, nahm zur gegenwärtigen Situation auf dem Arbeitsplatz Zug Stellung: «Im Kanton Zug gibt es Ende März 1609 Ganzarbeitslose – Ende März 1992 waren es über 1000 weniger, nämlich 595. Unbekannt ist die Zahl derer, die ihre Stelle oder Teilzeitstelle verloren haben und nicht stempeln gehen.» Der Regierungsrat habe, so Uster weiter, auf die kritische Lage reagiert. Insbesondere die Volkswirtschaftsdirektion habe folgende Massnahmen ergriffen: Weiterbildungsprogramme für Ganzarbeitslose, Berufspraktika für junge Stellenlose, Vorlehre für fremdsprachige Jugendliche, Fachausbildung für Frauen, Studie für Untersuchung, wie weit Stellen für Arbeitslose geschaffen werden können. Zudem gelange nächste Woche ein Antrag des Regierungsrates an den Kantonsrat, der die Gemeinden mehr

in Arbeitsstellenschaffungsprogramme einbezieht. Als Lösung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sah Uster nur die Arbeitszeitverkürzung: «Die immer knapper werdende Arbeit muss auf mehr Hände verteilt werden, und das geht nur mittels Arbeitszeitverkürzung. Auch der Kanton Zug muss dazu etwas beitragen und kann sowohl wirtschaftlich wie politisch eine neue Perspektive aufzeigen.» Schliesslich forderte Uster die Gewerkschafter zum aktiven Kampf auf: «Wir dürfen eine Nichterstattung des Teuerungsausgleichs und den Arbeitsplatzabbau nicht einfach hinnehmen; wir müssen aktiv etwas dagegen unternehmen und kämpfen!»

Neuer Präsident

Der abtretende Präsident Bruno Bollinger und sein neugewählter Nachfolger Ruedi Amrein stiessen mit ihren Voten ins gleiche Horn wie Hanspeter Uster. «Werdet alle aktiv mit den Mit-

teln, die euch zur Verfügung stehen, mischt euch ein, zeigt aktive Solidarität mit den Arbeitslosen, sagt eure Meinung, kämpft um eure Rechte, um euer Recht auf Arbeit», meinte Amrein stellvertretend. Als Lösung des Problems sahen beide eine Arbeitszeitverkürzung in dem Sinne, wie sie Uster geäussert hatte. Brigitte Landolt, langjähriges Vorstandsmitglied, demissionierte ebenfalls. Der Vorstandssitz wird erst an der Generalversammlung des nächsten Jahres neu besetzt. Anschliessend an die Generalversammlung widmeten sich die Gewerkschafter dem Unterschreiben einer Volksinitiative gegen die Kürzung von Taggeldern, dem Kaufen von 1.-Mai-Abzeichen und dem gestifteten Nachtessen. Hauptattraktion aber war die grosse Tombola. Allen voran zeigte sich Hanspeter Uster in bester Kauflaune: Schliesslich fand sich nach 14 Nieten doch noch ein Treffer.

7N 20. 4 93

Arbeitsvolumen aufteilen

Generalversammlung der Smuv-Sektion Zug

Im Zeichen ungewisser Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und wachsender Arbeitslosigkeit luden Präsident und Vorstand der Smuv-Sektion Zug am Freitagabend zur Generalversammlung ins Casino. Auf dem Programm standen unter anderem die Neuwahl eines Präsidenten nach der Demission von Bruno Bolliger sowie ein Gastreferat von Regierungsrat Hanspeter Uster.

est. Aus dem Smuv – dem Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verband – ist 1992 auch in Zug die «Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen Sektion Zug» geworden. Als trübes Ereignis im neuen Jahr bezeichnete der abtretende Präsident Bruno Bolliger die Nichtwahl der Smuv-Zentralpräsidentin Christiane Brunner in den Bundesrat. Sie sei auch von den vier Volksvertretern Zugs im Stich gelassen worden.

Positiv sieht man die 300 Millionen Franken, die von den Räten zur Wiederbelebung der Wirtschaft freigegeben wurden. Über den Umweg der Bauwirtschaft hofft auch die Zuger Metallindustrie profitieren zu können.

Neuer Präsident: Ruedi Amrein

Zum Nachfolger von Bruno Bolliger wurde einstimmig der bisherige Vizepräsident Ruedi Amrein gewählt. Als einzige realistische Lösung sieht dieser angesichts von bald 200 000 Arbeitslosen in der Schweiz den Weg, das Arbeitsvolumen auf mehr Hände aufzuteilen.

Die Smuv-Sektion Zug fordert den Staat zum Handeln und die Privatwirtschaft dazu auf, statt in Zahlen, in menschlichen Dimensionen zu denken. Die Arbeitgeber müssten daran erinnert werden, dass sie nicht allein dazu da sind, Profite zu nehmen, sondern Arbeit zu geben, sagte der scheidende Präsident. Die Gewerkschaft könne keine Entlassungen verhindern, sie könne nur Mut geben und den Betroffenen raten, sich zur Wehr zu setzen. «Die Gewerkschaften sind immer noch das Stärkste, was die Schwachen haben.» In seinem Gastreferat «Arbeitslosigkeit und Krise»

wies Regierungsrat Hanspeter Uster darauf hin, dass diese beiden Begriffe noch vor kurzer Zeit in Zug unbekannt gewesen seien.

Der Regierungsrat des Kantons Zug hat bisher verschiedene Hilfsmassnahmen wie Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Erwachsene sowie eine Vorlehre für fremdsprachige Jugendliche ins Leben gerufen.

Die sich langsam aufbauende Langzeitarbeitslosigkeit sei nicht allein ein konjunkturelles, sondern ein strukturelles Problem. Durch Rationalisierung und immer neue Techniken verschwinden Arbeitsplätze und ganze Berufsgruppen. Deshalb tritt der Smuv in seiner Lehrlingspetition auch für eine Lehrlingsbildung mit Format ein sowie für eine breitere Grundausbildung inklusive Computerschulung. «Nur wenn Lehrlinge breitgefächert in Theorie und Praxis ausgebildet werden, haben sie in ungewisser Zukunft die Chance eines Arbeitsplatzwechsels oder können eine Umschulung leichter bewältigen.»

SGB-Referendum

Nach einer Umbauzeit von fast 19 Monaten konnten im Oktober 1992 die beiden Häuser an der Zeughausgasse sowie der Neugasse für die verbandseigenen Sekretariatsräume wieder bezogen werden. 1992 wurden erfolgreiche Lohnanpassungsverhandlungen im Bereich der Spengler, Sanitär, Heizung, Elektroinstallation, Carosserie und Metall-Union geführt. 33 Mitglieder wurden für den Gewerkschaftsbund Zug delegiert. Die Betriebsrechnung der Sektion Zug weist für 1992 einen Ertragsüberschuss von 2139.55 Franken auf. Allerdings stehen für das laufende Jahr grössere Ausgaben an.

Der Smuv unterstützt das Referendum des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB gegen den Dringlichen Bundesbeschluss zur Arbeitslosenversicherung, welche nach Meinung der Gewerkschaft eine Art von Haftpflichtversicherung für Unternehmer und Staat darstelle. Es gehe nicht, dass die ALV auf Kosten der Arbeitslosen saniert werde.

Smuv-Appell an die Landis & Gyr

Der Vorstand der Smuv-Sektion Zug begrüsst den Grossauftrag der SBB an die Landis & Gyr, der dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs dient. Der Smuv hofft nun, dass die LG ihrerseits ihre soziale Verantwortung wahrnimmt und die in den nächsten Wochen zu erwartenden Entlassungen nicht ausgesprochen werden. Interne Lösungen sollten für alle eine Beschäftigung garantieren: «Es darf einfach nicht sein, dass Betriebe, die gute bis sehr gute Jahresabschlüsse erzielen, mit Entlassungen die bereits unakzeptabel grosse Zahl von Arbeitslosen vergrössern».

PTT-Union

Präsident wird Vize

Nach zwölfjähriger Präsidialzeit reichte Toni Beck die Demission als Präsident der PTT-Union, Sektion Zug, ein. Als neuer Präsident wurde der Versammlung Walter Felder vorgeschlagen, und er wurde gewählt. Toni Beck stellte sich als Vizepräsident zur Verfügung. Nach achtjähriger Tätigkeit als Aktuar hatte auch Andy Trachsler demissioniert. Dieser Sitz bleibt vorläufig vakant. Die übrigen Vorstands- und Kommissionsmitglieder wurden in globo bestätigt. Josef Ulrich, Zug, wurde für 50 Jahre und Ruedi Schaller, Baar, für 25 Jahre Verbandstreue geehrt.

Smuv: Jetzt Aufträge erteilen

AS. Es sei verantwortungsvoll, wenn die öffentliche Hand jetzt Aufträge erteile anstatt zu sparen. Dies ist die Überzeugung des Vorstandes der Smuv-Sektion Zug.

Der Smuv hat an seiner letzten Sitzung über die wirtschaftliche Entwicklung im Kanton Zug und insbesondere über die Entwicklung in der Zuger Metallindustrie diskutiert. Dabei wurde mit Freude die Nachricht aufgenommen, dass die Schweizerischen Bundesbahnen der Firma Landis & Gyr einen Grossauftrag erteilt haben. Besonders erfreulich – so der Smuv – sei es, dass diese Arbeit dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs dienen solle. Investitionen sichern Arbeitsplätze. Deshalb hofft der Smuv-Vorstand, dass die Landis & Gyr ihrerseits ihre soziale Verantwortung wahrnimmt. Insbesondere wird erwartet, dass die in den nächsten Wochen erwarteten Entlassungen nicht ausgesprochen werden.

«Gegen eine Wirtschafts- und Sozialpolitik auf dem Buckel der Lohnabhängigen müssen wir auf die Strassen», erklärt der Smuv. Er ruft am 27. März nach Bern zur Demonstration gegen die Krise zu gehen.

77 16 3 93

7N 20. 3 97

Krisenzeit – Gewerkschaftszeit?

Der Zuger Gewerkschaftsbund bekundet Mühe, die Basis zu mobilisieren

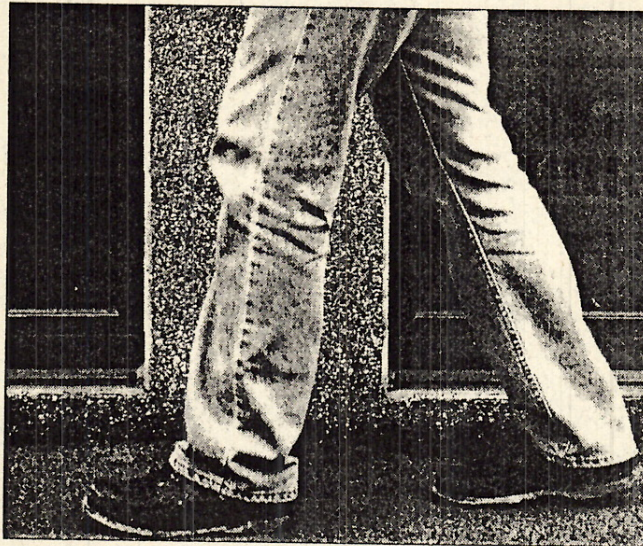
Die Gewerkschaften bekunden Mühe, die Basis zu mobilisieren. Der Jahresbericht des Zuger Gewerkschaftsbundes (GBZ) konstatiert: «Alle GBZ-Aktivitäten wurden nur minimal besucht, eine musste sogar abgesagt werden.» Für Bruno Bollinger, Präsident des GBZ, ist der wenig erfreuliche Zustand jedoch keine Überraschung: «Gewerkschaftsarbeit ist eben kaum karrierefördernd.»

Der Zuger Gewerkschaftsbund hat es nicht leicht, Leute zu finden, die bereit sind, sich im Vorstand zu betätigen. Doch selbst die Besucherzahlen von GBZ-Anlässen zeichnen, wenn man dem eben erschienenen Jahresbericht des Gewerkschaftsbundes folgen will, kein rosiges Bild über das Interesse der sogenannten Basis an Gewerkschaftsarbeit.

Tatsächlich sei es schwierig, in der heutigen Zeit Leute zu mobilisieren, gab Othmar Romer, Sozialvorsteher der Stadt Zug und bis vor kurzem Vorstandsmitglied des GBZ, zu verstehen. Die Gewerkschaften hätten in dieser Beziehung mit den gleichen Problemen zu kämpfen wie andere Organisationen, namentlich Parteien. Es handle sich eben um eine Zeiter-scheinung, meinte Romer. Dennoch, die mangelnde Bereitschaft zur aktiven Beteiligung an der Gewerkschaftsarbeit scheint auch ihre eigenen Ursachen zu haben.

Boom-Jahre legten lahm

Bruno Bollinger, seit Juni vergangenen Jahres Präsident des GBZ, meinte zwar lakonisch, dass Gewerkschaftsarbeit eben nicht karrierefördernd sei. Dennoch differenziert der Gewerkschafter in seiner Analyse die Ursachen: «Das Problem liegt in den Jahren des Booms begründet.» Denn, so Bollinger, in diesen Jahren hätten



Wohin geht es mit den Gewerkschaften, wenn keiner kommt? Bild Ronald Schenkel

die Gewerkschaften wohl einiges erreicht, ohne dass man um Verbesserungen eigentlich hätte kämpfen müssen. Die Politik des Handelns hätte darüber hinweggetäuscht, dass die Gewerkschaften aktiv gewesen seien. Die Errungenschaften schienen wie von selbst gekommen zu sein.

Nun haben sich die Zeiten geändert, und die Gewerkschafter sind darum bemüht, denen, die sie eigentlich vertreten, klarzumachen, dass auch eine andere Politik nötig ist. Doch einfach scheint dies nicht zu sein. Nicht nur, dass mangelnde Solidarität – der Zeitgeist, den Othmar Romer für das Fernbleiben der Arbeitnehmer an Gewerkschaftsanlässen verantwortlich macht – einer forscheren Politik

der Arbeitnehmerverbände gegenüber den Arbeitgebern kaum den Rücken stärkt. Auch die Angst scheint in der Krisenzeit eine besonders ausgeprägte Rolle zu spielen: «Im Zusammenhang mit den Entlassungen bei Landis & Gyr musste man brutal erfahren, das in dem Moment, in dem die Wut am grössten ist, es auch die Angst ist», meint Bruno Bollinger – wer sich regt, kann der nächste sein.

Doch bewegen sich die Gewerkschaften so in einem Teufelskreis. Je weniger sich engagieren, desto geringer ist auch die Bedeutung der Gewerkschaften, je kleiner die Basis, desto schutzloser steht der einzelne da. Und der Jahresbericht spricht eine deutliche Sprache: «Die Glaubwürdig-

keit und die Schlagkraft der Gewerkschaften stehen und fallen mit einem Netz von Vertrauensleuten und Aktiven, die bereit sind, die gewerkschaftlichen Aktionen mitzutragen.»

Information und Reorganisation

Um der Misere abzuweichen, will Bollinger in erster Linie eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Doch selbst diese grundsätzliche Massnahme ist mit Schwierigkeiten verbunden. «Vieles kann man einfach nicht zeigen. Die Arbeit einzelner Gewerkschafter in den Betrieben oder die persönliche Betreuung von Arbeitslosen wird im Dunklen bleiben», meint Bollinger.

Ein anderes Zauberwort heisst Reorganisation. Othmar Romer: «Der Organisationsgrad der Gewerkschaften ist heute noch zu gering. Strukturelle Änderungen sind angezeigt.» So sieht Romer die Zukunft der gewerkschaftlichen Organisationsform nicht mehr in Branchengewerkschaften wie bisher, sondern in Industriegewerkschaften. Tatsächlich, so Romer, könnten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Dienstleistungssektor nur sehr schlecht erfasst werden. Diese aber machen nach Schätzungen Romers immerhin 30 Prozent der Arbeitslosen im Kanton Zug aus.

Auch Bruno Bollinger betrachtet die Strukturen als überholt. Eine Reorganisation sei jedoch keine Sache, die von heute auf morgen durchzuführen sei. Dennoch will Bollinger nicht vor dieser Arbeit zurückschrecken. Zwar sei dies vornehmlich eine Angelegenheit, die auf nationaler Ebene zu erfolgen habe. Doch könnte man im Kanton Zug mit gutem Beispiel vorangehen: Eine Zusammenarbeit der Sekretariate des GBI und des Smuv, beide in Zug, würde Doppelspurigkeiten wohl vermindern und Kräfte konzentrieren.

«Viele haben Angst ...»

ke. «Wir stehen vor einem nicht einfachen Jahr», erklärte Bruno Bollinger der Delegiertenversammlung des Gewerkschaftsbundes des Kantons Zug, die am Mittwochabend tagte. Bruno Bollinger machte auf ein Phänomen aufmerksam, das ihm auffiel: «Viele haben Angst, sich an einer Demonstration zu zeigen, und fürchten, dass sie deswegen an ihrem Arbeitsplatz Schwierigkeiten bekommen oder die Stelle verlieren könnten.» Die Gewerkschaften werden aber dennoch weiter für die Rechte und die Sicherheit

der Arbeitnehmer kämpfen: «Wir müssen eine härtere Gangart einschlagen.»

Im Vordergrund steht jetzt für die Gewerkschaften das Referendum gegen die Schlechterstellung der Angestellten im neuen Arbeitslosenversicherungsgesetz.

«Die Arbeitslosenkasse soll nicht auf dem Buckel von Arbeitslosen saniert werden», warnte Bruno Bollinger: «Im Gegenteil – die Arbeitslosenversicherung ist keine Fürsorgekasse, sondern eine Versicherung, die den Verlust der Stelle finanziell mildert.»

Am 1. Mai wird der Gewerkschaftsbund die Maifeier auf dem Landsgemeindeplatz organisieren, welche im Zeichen der Arbeitslosigkeit steht. Sprechen werden Stadtrat Eusebius Spescha und die Zürcher Gewerkschafterin Christa Suter.

Ein ausführliches Referat vor den Zuger Gewerkschaftern hielt SGB-Sekretär Serge Gaillard. Seiner Ansicht nach sind nicht die Löhne an der jetzigen Krise schuld, sondern diese ist eine Folge der Zinspolitik der Banken und die daraus folgende Baukrise.

7N 23. 4. 93

SGB gegen Deregulierung

Delegiertenversammlung des Gewerkschaftsbundes Zug

An der 56. ordentlichen Delegiertenversammlung des Gewerkschaftsbundes Zug (GBZ) standen die (nicht sehr gute) Situation der Gewerkschaften im Kanton Zug sowie die Rezession im Vordergrund. GBZ-Präsident Bruno Bollinger kam auf den «Fall Gasser» zu sprechen, während sich SGB-Sekretär Serge Gaillard in seinem Referat für staatliche Programme zur Ankurbelung der Bauwirtschaft und gegen den Abbau der Defizite zum jetzigen Zeitpunkt aussprach.

mt. Gerade in einer Rezession ist es für das berufliche Fortkommen oder auch nur das Behalten des Arbeitsplatzes nicht unbedingt förderlich, sich in einer Gewerkschaft zu engagieren. Dass deshalb in der gegenwärtigen schlechten wirtschaftlichen Lage den Gewerkschaften der Wind ins Gesicht bläst, wurde an der Delegiertenversammlung (DV) auch von einigen Mitgliedern festgestellt. Dies mag mit ein Grund gewesen sein für die spärliche Präsenz an der DV. Nur rund 20 Mitglieder waren anwesend, darunter Regierungsrat Hanspeter Uster und SGB-Sekretär Serge Gaillard. Auch die Vorstandsmitglieder waren nur vereinzelt erschienen.

«Fall Gasser»

Zu Beginn der Versammlung ging GBZ-Präsident Bruno Bollinger in seinem Jahresbericht auf den «Fall Gasser» (Spinnerei an der Lorze) ein, welcher, wie die Ungewissheit über die Vorsorgegelder zeigt, noch immer nicht beendet ist. Dabei sprach er vom Versagen der Gewerkschaften, denen es nicht gelungen sei, ihren Rausschmiss aus der Spinnerei zu verhindern. Dennoch seien sie im Oktober, als Entlassungen angekündigt wurden, aktiv geworden; nicht zuletzt

deshalb, weil Adrian Gasser weder einen Sozialplan vorgelegt habe noch gesprächsbereit gewesen sei. Schlussendlich kam dann durch die Vermittlung der CVP ein Sozialplan zustande. Allerdings sei dieser aus gewerkschaftlicher Sicht ungenügend. Diese Ereignisse hätten dazu geführt, dass die verschiedenen Gewerkschaften sich zum GBZ zusammenschlossen und nun über ein ständiges Sekretariat in Zug verfügten.

Bollinger orientierte auch über das «Komitee gegen die Krise», welches von Mitgliedern der SP, der SGA sowie Unabhängigen betrieben wird. Auch sei ein Arbeitslosentreff in Vorbereitung. Was den 1. Mai anbelangt, so findet auch dieses Jahr auf dem Landsgemeindeplatz ab 16 Uhr eine von den Gewerkschaften organisierte Kundgebung statt.

Bald Ende der Krise?

In einem Referat unter dem Titel «Bald Ende der Krise?» ging der neue SGB-Sekretär Serge Gaillard auf die gegenwärtige Wirtschaftslage ein. Seiner Meinung nach wurde die Rezession durch den Einbruch im Baugewerbe verursacht. Deshalb könne nur eine aktive Förderung der Baubranche durch die öffentliche Hand zu einer wirtschaftlichen Besserung führen. Sparmassnahmen der öffentlichen Hand dagegen werden, weil rezessionsverstärkend, abgelehnt.

Geradezu ein rotes Tuch scheint für Gaillard und andere Gewerkschafter das Wort «Deregulierung» zu sein, unter dem sie Sozialabbau und Preisgabe von Errungenschaften wittern. Statt dessen spricht er sich für «hohe Löhne, hohe Produktivität und Konkurrenzfähigkeit» aus, wobei er den Einwand nicht gelten lässt, dass das Lohnniveau durchaus einen entscheidenden Einfluss auf die Konkurrenzfähigkeit einer Volkswirtschaft ausüben kann.

KANTON ZUG

«Krisen sind im Kapitalismus nichts Neues, sie gehören zum System.»

■ Stadtrat Eusebius Spescha

1.-Mai-Feier der Zuger SP auf dem Landsgemeindeplatz

«Wir wollen bezahlte Arbeit für alle»

Grossaufmarsch an der Maifeier auf dem Landsgemeindeplatz.

«Der 1. Mai ist seit über 100 Jahren der Tag, an dem die fortschrittlichen Kräfte auf der ganzen Welt feiern und immer wieder neue Gründe geben, kämpferische Töne anzuschlagen», stellte Bruno Bollinger zu Beginn der MaifTagung fest. Weiter führte der Präsident des Zuger Gewerkschaftsbundes (GBZ) aus, an diesem Tag werde nicht nur gekämpft und gefeiert. Es soll kämpferisch gefeiert werden, damit man feierlich kämpfen könne. «Nur der Weg des einheitlichen Kampfes wird den Leuten die nötige Glaubwürdigkeit der linken, grünen und fortschrittlichen Kräfte geben. Es ist ermutigend, dass wieder viele Lohnabhängige die Bedeutung der Gewerkschaften erkennen und sich organisieren.

Im Mittelpunkt der Maifeier stand die Ansprache von Stadtrat Eusebius Spescha.

«Die Arbeitslosenzahlen sind in den letzten Monaten gestiegen. In der Schweiz gibt es 151 000 Arbeitslose. Im Kanton Zug sind es 1780. Trotzdem haben sich Wirtschaftsführer und Behörden schwer getan, die Arbeitslosigkeit in den Anfängen ernstzunehmen und zu handeln.»

Krisen seien im Kapitalismus nicht Neues, sie gehören zum System. Alle paar Jahre gebe es Krisen, die als Rezession oder Konjunkturfalle die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer treffen. Die aktuelle Rezession sei aber viel grösser als die Krisen der letzten Jahrzehnte. «Schon lange nicht mehr wie heute, haben sich die Unternehmer getraut, trotz Krise ihre Gewinne dermassen frech auszuweisen. Die Gewinne von Banken, Versicherungen und verschiedener Grosskonzern explodieren. Die Zahl der Beschäftigten und die realen Löhne der Arbeitenden sinken. Dazu stiehlt sich die Wirtschaft aus der Verantwortung. Die Probleme der Arbeitslosigkeit werden dem Staat oder dem Einzelnen überbunden», stellte Spescha fest.

Im übrigen hätten die Behörden über weite



Die Maifeier auf dem Zuger Landsgemeindeplatz lockte viel Volk in die Altstadt.

■ Bild Rupy Enzler

Strecken mit dem Verweis auf die leeren Kassen notwendige Programme und Hilfen verzögert, wenn nicht ganz abgelehnt. Erst in den letzten Wochen sei eine gewisse Einsichtigkeit erkennbar geworden. «Wir stecken in einer Wirtschaftskrise und brauchen sofort eine Arbeitslosenversicherung, die genügend zum Leben lässt. Wir brauchen keine Gesetzesrevision, die staatlich verordnetes Lohndumping betreibt.» Zudem forderte Spescha eine persönliche Beratung und Unterstützung für die Arbeitslosen. Ausgebaute Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Arbeitslosenprogramme für Langzeitarbeitslose sowie die unbürokratische Unterstützung von Initiativen der Gewerkschaften und des Schweizerischen Arbeiterinnen- und Arbeiterhilfswerk.

An der Tagung auf dem Landsgemeindeplatz, die schliesslich zu einem Volksfest wurde, äusserten sich

auch verschiedene Gastarbeiter und Asylbewerber, darunter ein Vertreter der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans und ein Tamile. Zudem waren ausländische Volkslieder und Tänze angesagt. Im weiteren hatten die Besucherinnen und Besucher Gelegenheit, sich mit den Exponentinnen und Exponenten der SP und der SGA des Kantons Zug zu unterhalten.

■ Rupy Enzler

Gut besuchte Mai-Feier in Zug

bas. Seit nun rund zehn Jahren «kümmern» sich die linksgerichteten Parteien SGA und SP zusammen mit dem Zuger Gewerkschaftsbund schon um den 1. Mai. Dieses Jahr war die Feier auf dem Landsgemeindeplatz allerdings in einem etwas grösseren Rahmen und dementsprechend mit zirka 400 Leuten überraschend gut besucht.

★

Für Organisatorin Madlene Landolt von der SGA sollte eine 1.-Mai-Feier nicht nur mit politischen Parolen aufwarten, sondern auch ein wenig nostalgisch sein. Für diese Nostalgie sorgte unter anderem der italienische Sänger Tonio Castiglione, der in seinen Liedern vor allem über Emigration und Liebe berichtet.

★

Grosser Wert gelegt wurde auf den Miteinbezug der ausländischen Be-

völkerung. So kochten die Spanier/Calizier Paëlla. Die Italiener präsentierten ihre Weine, die Tamilen eine scharfe Spezialität namens Buriyany und die Kurden Kebab. In den jeweiligen Landessprachen wurden auch Reden gehalten. Die Hauptreden kamen indes von Stadtrat Eusebius Spescha (SP) und Christa Suter von den Alternativen, die in ihrem Referat stark auf die Thematik der Arbeitslosigkeit – teilweise spezifisch aus der Sicht der Frauen gesehen – einging, die Lösungsvorschläge des Bundesrates dementierte und andere Mittel und Wege aufzuzeigen versuchte.

★

An der 1.-Mai-Feier befasste man sich gleichfalls mit Aktuellem wie der F/A-18, «40 Waffenplätze sind genug», der Alpeninitiative und der KVA Fänn. Hanspeter Uster verkaufte indes zusammen mit Gemeinderat Josef Lang die Zeitung «Bresche».



An der Maifeier auf dem Zuger Landsgemeindeplatz trat auch der italienische Sänger Tonio Castiglione auf.

Bild Barbara Huser

77 776 93

Was bedeutet Ihnen der 1. Mai?



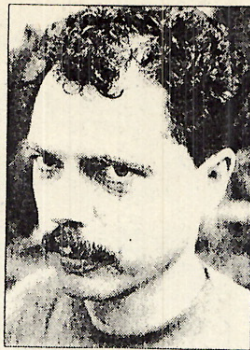
**Daniel Eglin,
Walchwil**

«1. Mai ist doch Scherztag – ah nein, das ist der 1. April. – Aber ja, der Tag der Arbeit, und ich habe nicht einmal frei. – Stimmt, heuer ist 1. Mai ja am Samstag, da habe ich also doch frei. – Ich habe aber nicht gewusst, dass auf dem Landsgemeindeplatz demonstriert wird, gehe wohl auch kaum hin. – Den Frühling feiern am 1. Mai... das tu' ich nicht. Für mich ist jetzt nicht Frühling, sondern Sommer ...»



**Jennifer
Anhalm,
Schwyz**

«Der 1. Mai ist Tag der Arbeit, viele haben frei. Doch ich arbeite. Aber mir ist es nicht so wichtig, am 1. Mai frei zu haben, wir haben in der Schweiz eh sehr viele Feiertage. Ich kann mich nicht beklagen. – In Österreich, wo ich herkomme, ist der 1. Mai allgemeiner Feiertag. Alle Geschäfte sind geschlossen, es wird die Arbeit gefeiert. Und wenn wir alle in unserer Familie frei haben, gibt es ein Fest, mit Maibaum und Tanz. Wir begrüssen den Frühling und den Sommer.»

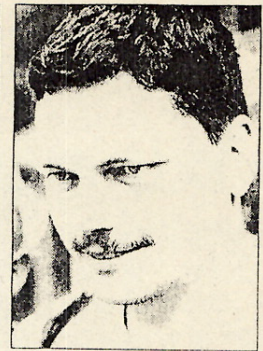


**Rolf Limacher,
Cham**

«Der 1. Mai ist der Tag der Arbeit, da wird in der Arbeiterschaft demonstriert. Andere Jahre bin ich schon auf den Landsgemeindeplatz gegangen, habe mir die Reden angehört, aber dieses Jahr fällt das Datum auf einen Samstag. Ich gehe nicht hin, sondern trainiere den Chammer Fussballnachwuchs. Ein Training sage ich für die 1. Mai-Feier nicht ab.»

**Philipp Meier,
Zug**

«Mir kommt der Tag der Arbeit in den Sinn. Zurich hat frei, Zug nicht. Ich bin Kantischüler, und wir haben auch nicht frei. – Sonst sagt mir der Tag eigentlich nichts. Ich gehe nicht an Gewerkschaftsversammlungen. – Maifeiern? Das tun wir hier nicht, nicht in unserer Familie und Umgebung. Aber ich habe von Kollegen gehört, dass in den Dörfern Menzingen und Neuheim noch Maifeiern abgehalten werden sollen. Dort sind solche Feste sicher interessanter als in der Stadt.»



**Peter Lanz,
Cham**

«Tag der Arbeit. Ich habe auch schon den 1.-Mai-Bandel gekauft, gehe allerdings nicht demonstrieren. Ich finde es aber wichtig, dass man sich gerade in der derzeitigen Arbeitslosigkeit mit der Arbeiterschaft solidarisiert. Auch wir hatten in unserer Bude kürzlich eine Auseinandersetzung zwischen der Gewerkschaft und dem Chef – das Ganze ist sehr brisant.»



■ Bilder: Pascal Schumacher
Texte: Christof Hotz

7N 1.5.91

Solidarisch jetzt! ⁷² 1. Dec. 1993

Manchmal habe ich den Eindruck, mit dem Fall der Mauer – mit der Bankrotterklärung der sozialistischen Staaten im Osten – sei die Demontage von Werten wie «Solidarität und Mitmenschlichkeit» auch in der Schweiz wieder salonfähig geworden.

Viele Politikerinnen und Politiker, Unternehmerinnen und Unternehmer predigen auf den Trümmern des Ostblocks ihr Credo der Egoismen. Die momentane Wirtschaftskrise verlange Massnahmen zur Revitalisierung der Wirtschaft. Diese Wiederbelebung scheint nur möglich auf Kosten des sozialen und ökologischen Ausgleichs, wenn man diesen Wortführern glauben will. Deregulierung ist ihr Zauberwort.

Arbeitgeberverbände kündigen Gesamtarbeitsverträge, bestehende Leistungen werden abgebaut, der Teuerungsausgleich wird in Frage gestellt, Sparübungen im öffentlichen Sektor zu Lasten des Personals (Stellenplafonierung) werden beschlossen, das neue Mietrecht mit Kündigungsschutz wird attackiert, Bauvorschriften zu Energieeinsparung und Lärmschutz sollen beseitigt werden, und, und, und...

Diesen Angriffen auf breiter Front können nur Arbeitnehmerinnen und Ar-



TONI KLEIMANN

ZUGER ANSICHTEN

«ARBEITGEBERVERBÄNDE kündigen Gesamtarbeitsverträge, bestehende Leistungen werden abgebaut, der Teuerungsausgleich wird in Frage gestellt, Sparübungen zu Lasten des öffentlichen Personals werden beschlossen, das neue Mietrecht mit Kündigungsschutz wird attackiert, Bauvorschriften zu Energieeinsparung und Lärmschutz sollen beseitigt werden, und, und, und...»

beitnehmer, die sich ihrerseits in Verbänden organisieren, wirksam begegnen. Selbstbewusst und gemeinsam muss der Weg eingeschlagen werden. Angestelltenverbände und Gewerkschaften Hand in Hand. In

mehrfacher Hinsicht ist Gegensteuer geboten:

► Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen wieder die Überzeugung gewinnen, dass nur gemeinsames Handeln zum Ziel führt. Viele der sozialen Errungenschaften haben wir den Gewerkschaften zu verdanken. Nur die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft garantiert auch für die Zukunft einen gerechten Lohn.

► Werte wie «soziale Gerechtigkeit» und «Rücksichtnahme auf eine Umwelt», die auch zukünftigen Generationen ein Leben ermöglichen soll, müssen wieder ins Zentrum rücken.

► Von der Krise betroffene Arbeitslose benötigen die solidarische Unterstützung der Gesellschaft. Eine aktive, auf sozialem Ausgleich beruhende Wirtschaftspolitik tut not.

Eine Gesellschaft, die mit sich in Frieden leben will, kann sich keine Jugend- und Dauerarbeitslosen leisten. Zeigen Sie Ihre Solidarität mit einem Besuch der 1.-Mai-Feier auf dem Landsgemeindeplatz (16 bis 22 Uhr).

Toni Kleimann ist Kantonsrat der Frischen Brise Steinhausen (alternative Fraktion). Der 43jährige Student lebt in Steinhausen. Unter der Rubrik «Zuger Ansichten» äussern Personen aus dem Kanton Zug ihre freie Meinung. Diese braucht sich nicht mit jener der Redaktion zu decken.

1. Mai 1993

Einige Gedanken zum Fall Gasser

Nun ist das eingetroffen, was viele seit einiger Zeit befürchtet haben: Adrian Gasser hat die Spinnerei an der Lorze geschlossen! Schuld daran ist natürlich nicht Gassers unfähige und rück-

sichtslose Betriebsführung, sondern Regierungsrat Andreas Iten.

Wir fragen uns in diesem Zusammenhang, was das für eine «freie» Marktwirtschaft ist, die ohne Regulierungen und soziale Schranken funktionieren soll und so einen «Wildwestler» wie Gasser machen lässt, was er will.

Aber das Ganze auf den «Staat» abzuschieben, wäre aus gewerkschaftlicher Sicht nicht ehrlich. Die für die Spinnerei Baar zuständige Gewerkschaft Textil Chemie Papier (GTCP) war in den letzten Jahren nicht mehr in der Lage, die nötige gewerkschaftliche Betreuung zu garantieren. Dies machte es Gasser leicht, die Gewerkschaft aus der Spinnerei hinauszumanövrieren. Von daher war es naheliegend, dass die GTCP die Konsequenzen zog und mit der Gewerkschaft Bau und Holz (GBH) zur neuen Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) fusionierte. Eine Strukturreform, die auch in anderen Bereichen dringend nötig wäre.

Wegen der Schwäche der GTCP konnten andere Verbände die Situation ausnützen. Der Christliche Chemie-Textil-Bekleidungs-Papier Personalverband (CTB) und der Landesverband freier Schweizer Arbeitnehmer (LFSA) organisierten dank Billigbeiträge die meisten Leute in der Spinnerei, waren aber nicht in der Lage, die nötigen Dienstleistungen und eine wirksame Vertre-

tung zu garantieren. Im Gegenteil, sie meinten – indem sie sich von der «bösen» GTCP abgrenzten –, dass sie bei Gasser eher ankämen. Es liegt in dieser Linie der Anpassung, dass CTB und LFSA sich an der Pressekonferenz vom 22. April 1993 in Zürich vor Gassers Karren spannen liessen.

Nachgeben und Kuschen hat nichts gebracht. In diesem Zusammenhang muss auch daran erinnert werden, dass im November letzten Jahres die GTCP/GBI versucht hat, mit den Beschäftigten der Spinnerei an der Lorze Streikaktionen gegen Gasser zu organisieren. Die Betroffenen waren jedoch nicht bereit, zur Verteidigung der eigenen Interessen zur Tat zu schreiten.

Es bestätigt sich, dass wenn die Gewerkschaft aus dem Betrieb und somit aus dem Vertrag hinausgeboxt wird, der Unternehmer mit den Leuten machen kann, was er will. Um dies zu verhindern, braucht die Gewerkschaft aber die Unterstützung der Betroffenen im Betrieb. Diese Unterstützung ist der GTCP/GBI bei der Spinnerei an der Lorze im entscheidenden Moment versagt worden.

Verschiedene Anzeichen weisen aber mittlerweile darauf hin, dass die Lohnabhängigen die Bedeutung ihrer Organisation in Gewerkschaften wieder vermehrt erkennen. In den ersten Monaten 1993 haben

viele der dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB angeschlossenen Verbände mehr Neueintritte zu verzeichnen. Und auch die gewerkschaftlichen Mobilisierungen haben wieder mehr Zulauf. Am 20. Februar sind 15 000, am 27. März 1993 über 20 000 dem Aufruf der Gewerkschaften gefolgt und haben in Bern gegen Arbeitslosigkeit und die Untätigkeit der Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft demonstriert.

Die Gewerkschaften sind immer noch das Stärkste, was die Schwachen haben. Ohne Gewerkschaften sind die Lohnabhängigen der Willkür der Unternehmerschaft ausgeliefert. Die Stärke der Gewerkschaft hängt aber von der Unterstützung ab, die sie von den Lohnabhängigen bekommt. Gerade an diesem 1. Mai muss wieder in aller Deutlichkeit darauf aufmerksam gemacht werden.

■ Bruno Bollinger, Präsident des Gewerkschaftsbundes des Kantons Zug (GBZ)

7N 7.5.93

Baar

Streik hätte Spinnerei nicht gerettet

■ Leserbriefgedanken zum Fall Gasser von B. Bollinger, ZN vom 7. Mai.

Ohne auf den Fall Gasser, respektive die Schliessung der Spinnerei an der Lorze, näher einzugehen, finde ich die Mentalität vom Präsidenten des Zuger Gewerkschaftsbundes einseitig und unfair. Mit der Spinnerei an der Lorze wurden jahrelang gute Verträge ausgehandelt. Das Einvernehmen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber war ausgezeichnet. Dabei war auch die GTCP. Der Rundumschlag gegen die andern zwei Gewerkschaften in der heutigen Situation geht deshalb völlig daneben. Bollinger träumt von einem gewerkschaftlich-politischen Einheitsbrei, der die Situation hätte retten sollen oder können. Mir fehlen Beispiele in der Praxis wo sich dieses einseitige, und Entschuldigung, rote Muesli bewährt haben soll.

Wir haben in der Schweiz zum Glück noch verschiede-

ne Parteien, verschiedene Religionen, verschiedene Gewerkschaften. Alle bringen uns etwas... und eines verhindern sie: Die Herrschaft von einseitig orientierten Arbeitnehmervertretern und Parteibonzen. Die Gewerkschaften sind immer noch das Stärkste, das die Schwachen haben. Richtig, aber nicht nur die einseitig gestrickten, sondern mit Grossen, oder solche die sich so fühlen, mit Kleinen, die eher bereit sind zum Dialog. Dieser ist ja unbedingt notwendig, denn mit dem Vorschlaghammer, lies Streik, wäre auch die Spinnerei an der Lorze nicht zu retten gewesen. Die Arbeitnehmer in der Schweiz waren bis heute nicht der Willkür der Arbeitgeber ausgeliefert, sondern zur Hauptsache wurde immer noch verhandelt und Kompromisse gefunden.

Übrigens finde ich die Bezeichnung Lohnabhängige vollständig daneben. Dann müsste man die Arbeitgeber als Arbeiterabhängig bezeichnen, denn einer kann ohne den andern nicht existieren. Ich habe mich immer als Arbeiter betrachtet, der nicht vom Lohn abhängig, sondern mir den Lohn verdient habe. Meine Arbeitgeber sahen sich auch nicht von mir abhängig, sondern sie wünschten meine Mitarbeit,

die ich auch wünschte. Um das Wortspiel weiter zu treiben könnte man sagen, dass der Staat ein Steuerabhängiger ist von mir, denn... lassen wir das. Das Wort Lohnabhängige hat irgend etwas zu tun mit Klassenkampf. Aber diese Zeit ist ja vorbei... was noch nicht alle gemerkt haben.

■ Andreas Tischhauser, Zug

7N 13.5.93

Neue Dienstleistung für Arbeitslose

Sofern das Interesse da ist, wird in Zug am 1. Juni mit einem betreuten Arbeitslosentreff gestartet.

Heute, am Tag der Arbeit, werden Arbeitslose mittels Flugblättern auf eine Informationsveranstaltung aufmerksam gemacht. Am 18. Mai lädt ein Vorbereitungskomitee die Arbeitslosen im Kanton ins Zuger Loreto-schulhaus ein. «Mit dem Informationsanlass verfolgen wir das Ziel, unsere Möglichkeiten vorzustellen und die Bedürfnisse der Arbeitslosen

abzuklären», erklärt Sybilla Schmid, die Mitglied des Vorbereitungskomitees ist. Neben ihr haben Marianne Stutz, Daniel Brunner und drei Arbeitslose die Vorbereitungen für den ersten betreuten Arbeitslosentreff im Kanton Zug an die Hand genommen. Über das Gelingen dieses Projektes besteht noch grosse Ungewissheit. Schmid: «Es braucht viel, bis Arbeitslose aus ihren 'Verstecken' herauskommen.»

Ungezwungener Treffpunkt

Geplant ist, ab 1. Juni jeweils am Dienstag- und Donnerstagmorgen einen ungezwungenen Treffpunkt in den Räumlichkeiten der Freizeitanlage Loreto in Zug anzubieten. Die Infrastruktur für einen Treff ist dort ideal. Mittelfristig könnten nämlich auch die Werkstät-

ten benutzt werden. «Das sind aber noch Zukunftsvisionen», sagt Sybilla Schmid. Vorerst soll einfach ein Treff entstehen, wo ungezwungen Gedanken ausgetauscht und (günstigen) Kaffee getrunken werden kann. Daneben vermitteln die Betreuungspersonen Hilfe bei juristischen, psychologischen oder auch praktischen Bewerbungsfragen. In der ersten Phase soll der Treff von der Lehrerin Marianne Stutz betreut werden, die zurzeit eine Ausbildung als Erwachsenenbilderin durchläuft und bereits in Luzern Erfahrungen mit einem Treffpunkt sammeln konnte.

Arbeitsamt steht dahinter

Die Einladungen für den Informationsanlass vom 18. Mai werden auch vom kanton-

alen Arbeitsamt aufgelegt. «Ich habe sämtliche Unterlagen erhalten und stehe dem Ganzen positiv gegenüber. Es ist eine sinnvolle Ergänzung unserer Tätigkeit», sagt Arbeitsamt-Vorsteher Paul Zürcher. Es habe schon einige Versuche von Selbsthilfegruppen gegeben. Die lösten sich aber immer wieder auf, sobald die Leute eine Stelle gefunden haben. Zürcher: «Dieses Projekt mit Betreuung hat sicher Chancen. Die Erfahrung zeigt aber, dass solche Treffs nicht überschwert werden.»

Finanzierung noch offen

Neben organisatorischen Fragen steht auch die Finanzierung des Treffpunktes noch offen. Neben dem A.C.-Brunner-Fonds wurde auch die Gemeinnützige Gesell-

schaft des Kantons Zug (GGZ) um einen Unterstützungsbeitrag angefragt. Die Antworten stehen noch aus. «Grundsätzlich steht die GGZ dem Projekt positiv gegenüber. Darum sollen auch die Räume im Loreto zur Verfügung gestellt werden», sagt Peter Bühler, der die Freizeitanlage leitet.

Das Vorbereitungskomitee will mit dem Arbeitslosentreff praktische Aufbauarbeit leisten. Sybilla Schmid: «Wenn der Treffpunkt sich eingespielt und einen Bedürfnisnachweis erbracht hat, soll die Trägerschaft, wenn irgendwie möglich, dem Kanton übergeben werden.» Das Komitee behält sich auch vor, das Projekt bei Erfolglosigkeit wieder fallen zu lassen.

■ Markus Baumgartner

Zuger Arbeitslosentreff (ZALT)

7N 77. Mai 1991

Stellenlosen Kontakte ermöglichen

Ab 1. Juni steht der Arbeitslosentreffpunkt ZALT für Arbeitslose jeden Dienstag und Donnerstag offen.

pd. Der Informationsabend über den Zuger Arbeitslosentreffpunkt ZALT war ein Erfolg: Mittlerweile haben sich bereits zwei Arbeitsgruppen gebildet, welche die Vereinsgründung und den Cafeteria-Betrieb an die Hand nehmen. Der ZALT wird ab 1. Juni im Zuger Gemeinschaftszentrum Loreto für alle Stellenlose und von einer Kündigung betroffenen Personen offen sein.

Am Informationsabend

über den Zuger Arbeitslosentreff fanden sich auf Einladung der Initiativgruppe ZALT drei Dutzend Interessierte, darunter über dreissig Betroffene, in dem von der Gemeinnützigen Gesellschaft betriebenen Gemeinschaftszentrum Loreto ein.

Gemäss der Initiativgruppe soll der Arbeitslosentreff Kontakte und diverse Eigenaktivitäten von Stellenlosen ermöglichen. Gleichzeitig sollen je nach Bedarf Kurse und Beratungen angeboten werden. Dies sei aber nur möglich, wenn offizielle Institutionen wie Gewerkschaften, Kirchen oder Hilfswerke einen Beitrag leisten oder später an der Trägerschaft mitwirken.

Unterschiedliche Anliegen

In der Diskussion kamen die vielfältigen Wünsche und Ansprüche der Arbeitslosen zur Sprache. Die einen verlangten von der Initiativgruppe ZALT vermehrte Lob-

byarbeit bei Behörden und Arbeitgebern. Die Mehrzahl betonte jedoch, dass nicht die fünfköpfige Initiativgruppe, der nur zum Teil Stellenlose angehörten, das Programm des ZALT vorgeben dürfe; sie wollen das Schicksal des Arbeitslosentreffs und dessen Aktivitäten selber bestimmen. Trotz zahlreicher Beschwerden über mangelhafte Beratung durch kantonale und gemeindliche Stellen schienen unter den Anwesenden – es waren wenig junge und keine sich erst in gekündigter Stellung befindende darunter – das Bedürfnis nach einer weiteren Beratungsstelle relativ gering. Regen Zuspruch fand die Möglichkeit, im zweimal wöchentlich geöffneten Treffpunkt ungezwungen Erfahrungen auszutauschen. Immer wieder wurde betont, dass mehr Öffentlichkeitsarbeit zugunsten der Stellenlosen und gegen das Hinnehmen einer grossen Arbeitslo-

sigkeit wichtig sei. Eine Konsultativabstimmung über die geplante Öffnungszeit der ZALT-Cafeteria im Loreto ergab eine klare Präferenz für Dienstagmorgen (9 bis 12 Uhr) und Donnerstagnachmittag (14 bis 17 Uhr).

An die Öffentlichkeit treten

Bereits am Montag dieser Woche trafen sich nun zwei Arbeitsgruppen, um die Vereinsgründung und den Cafeteria-Betrieb an die Hand zu nehmen. Der erste Arbeitslosentreff in der Freizeitanlage Loreto ist am Dienstag 1. Juni (Eingang neben Loretoschwimmbad an der Löbrenstrasse). Alle Arbeitslosen und von der Kündigung bedrohte Personen, auch fremdsprachige, sind willkommen. Es werden günstige Getränke und vielfältige Kontakte angeboten. Wie sich am Informationsabend zeigte, dürfte sich bald eine Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit zusammenschliessen.

Ingen. Strickmann

LESERBRIEFE

Wir brauchen sinnvolle Arbeitsplätze

Ja zu den beiden Militär-Initiativen
Der Gewerkschaftsbund des Kanton Zug (GBZ) schliesst sich den Ja-Parolen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) zu den Initiativen «Stop F/A-18» und «40 Waffenplätze sind genug» an.

Vor allem aus grundsätzlichen Überlegungen, denn der Frieden auf der Welt kann nur mit politischen und nicht mit militärischen Mitteln gesichert werden. Darum muss überall (auch in der Schweiz) ab- und nicht aufgerüstet werden.

Als Gewerkschaften sind wir ganz besonders durch das Argument der Arbeitsplatzbeschaffung herausgefordert. Bei

aller Propaganda für den F/A-18 und für weitere Waffenplätze konnten bezüglich Arbeitsplätze zwei gewichtige Argumente nicht widerlegt werden:

1. Die Arbeitsplätze, die mit dem Kauf der F/A-18 geschaffen würden, sind extrem teure Arbeitsplätze. Ein F/A-18-Arbeitsplatz kostet 1,4 Mio. Franken, dass heisst 127mal mehr als Arbeitsplätze, die beispielsweise durch Impulsprogramme in verschiedenen Bereichen geschaffen worden sind.
2. Heute ist es dringend, dass der Bund in sinnvolle und ökologische Projekte wie zum Beispiel in den sozialen Wohnungs-

bau, in energetische Sanierung von Gebäuden, in den öffentlichen Nahverkehr, in die Bahn 2000 investiert und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beiträgt. Die für den Kauf vorgesehenen 3,5 Milliarden könnten in anderen Bereichen sinnvoller eingesetzt werden.

Für den GBZ ist also klar: Wir brauchen Arbeitsplätze, sinnvolle Arbeitsplätze, keine neuen Kampfflugzeuge und Waffenplätze! Darum stimmen wir am 6. Juni Ja zu beiden Initiativen.

Bruno Bollinger,
Präsident Gewerkschaftsbund
des Kanton Zug

77 75.5.91

GBZ und Bunte für zweimal Ja

Militärinitiativen

ZZ. Der Gewerkschaftsbund des Kantons Zug (GBZ) schliesst sich den Ja-Parolen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) zu den Initiativen «Stop F/A-18» und «40 Waffenplätze sind genug» an. Die Arbeitsplätze, die mit dem Kauf der F/A-18 geschaffen würden, seien «extrem teure» Arbeitsplätze, argumentiert der Gewerkschaftsbund. Heute sei es nötig, dass der Bund in «sinnvolle und ökologische Projekte» wie zum Beispiel in den sozialen Wohnungsbau, in den öffentlichen Nahverkehr und in die Bahn 2000 investiere und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitrage. Einstimmig und ohne Enthaltungen hat sich auch die Bunte Liste Zug für ein doppeltes Ja entschieden. «Wenn im Schul-, Sozial- und Kulturbereich Gelder gestrichen und die Arbeitslosentaggelder gekürzt werden, soll das Militär nicht ausgenommen sein», erklären die Mitglieder der Bunten Liste.